

Sachliche Berichterstattung adé

Leserinnenbrief der Kulturwissenschaftlerin Sanja Stankovic zu : Verfolgt von einem Verdacht! von Bernd Dörries; Süddeutsche Zeitung Seite 3/28.01.09

In der Süddeutschen Zeitung einen derart polemischen und schlecht recherchierten Artikel zu lesen, ist sehr bedauerlich und lässt nichts Gutes über den Zustand der Medienberichterstattung in Deutschland ahnen.

Was wäre denn, wenn ein Mädchen in ihrem Herkunftsland verstümmelt würde und im Nachhinein kämer heraus, man hätte das Jugendamt über eine vorherige Reise und die sich daraus ergebende Gefährdung informiert - und das Amt hätte nicht reagiert? Ich sehe die Schlagzeile schon vor mir.

Es ist äußerst interessant, dass in allen Medien (auch in dem aktuellen Artikel) über die angebliche Verstümmelungs-Ablehnung der in Äthiopien (und nicht überprüfbaren) lebenden Familie berichtet wird, jedoch kein einziges Mal über einen unverstümmelten Zustand der Mutter gesprochen wird. Einen besseren Beweis dafür, dass „seit Generationen“ nicht verstümmelt wird, könnte es doch kaum geben. Verwunderlich, dass dieser Beweis nicht genutzt wird.

Der Anwalt Herr Huber spricht von einer Beweispflichtumkehr. Es ist nun einmal so, dass man von hier aus die Gefahr nicht ausschließen kann, da es sich bei Äthiopien um ein Hochrisikoland handelt. Ein Großteil der im Land arbeitenden Organisationen spricht von Verstümmelungs-Prävalenzzahlen bis zu 90% z.B. die WHO, Unicef, Plan International, Misereor, Target, das Inter African Comitée etc.

Diese Fakten haben wir hier nicht zu verantworten - aber wir hätten es zu verantworten, wenn wir wissentlich Kinder der Verstümmelung überließe.

Seit 1994 steht Genitalverstümmelung in Äthiopien unter Strafe, bisher gibt es kaum nennenswerte Verurteilungen. Papier ist eben geduldig! Die Zahlen der GTZ auf die sich Herr Dörries beruft beziehen sich auf freiwillige Befragungen, in einem Land, in dem Genitalverstümmelung offiziell unter Strafe steht. Man stelle sich mal vor, man würde in Deutschland freiwillige Befragungen durchführen, in welchem Ausmaß Eltern ihre Kinder misshandeln. Die Zahlen dürften denkbar gering ausfallen und wenig Aussagekraft besitzen.

Befragungen aus europäischen Nachbarländern belegen eindeutig, dass die Genitalverstümmelungen fast unvermindert hier weiter praktiziert werden. Und dieser Problematik muss man sich stellen. Das bedeutet konkret, dass der Staat seiner Schutzverpflichtung nachkommen muss, auch wenn es bedeutet, dass Aufenthaltsbestimmungsrecht einzuschränken.

Merkwürdigerweise sind die schreienden Stimmen sehr laut, wenn es um das Ausreiseverbot geht zum Schutz von Mädchen geht. Aber wo sind diese Stimmen, wenn tagtäglich (allein in Afrika) 8000 Mädchen dieser bestialischen Folterprozedur unterzogen werden, die sie für ein Leben lang zeichnet, falls sie es überhaupt überleben?

Wer die Meinung vertritt, ein solches Ausreiseverbot sei "zu radikal", sollte genau bedenken, was es bedeutet, dies NICHT durchzusetzen: Eltern können weiterhin ungehindert (in 99% der Fälle) die Mädchen ins Ausland verschleppen, dort verstümmeln lassen und dann zurücklassen. Davon abgesehen, dass damit eine massive Diskriminierung Einzelner zementiert wird beinhaltet es eine Pervertierung der Flüchtlingskonvention/Abschiebestopp/Asyl: Wie kann es sein, dass die Verstümmelungsgefahr als Grund anerkannt wird, Gefährdete nicht abzuschicken - aber wenn es sich um Kinder handelt, die in Deutschland leben, lässt man sie ungehindert von den Eltern dorthin verbringen und setzt sie einer Verstümmelungsgefahr von bis zu 90% aus?

Die Äußerungen von Frau Korn erwecken den Eindruck, sie spräche für sämtliche afrikanische Frauen. DAS IST FALSCH. Sie spricht in erster Linie für sich selbst und missachtet dabei in grober Weise die Forderungen, die [afrikanische AktivistInnen](#) als wichtige Grundlagen für den Kampf zur Beendigung der Verstümmelungen aufgestellt haben: Die Verwendung der korrekten Terminologie „Genitalverstümmelung“ gehört dazu, wie Sie der beigefügten BAMAKO-Deklaration entnehmen können:

<http://www.taskforcefgm.de/img/Bamako-DECLARATION.pdf>

Das größte afrikanische Netzwerk, das Inter African Comitée (IAC) sah sich 2005 gezwungen, diese Deklaration (Bamako-Deklaration) an die Weltöffentlichkeit zu richten. Sie gilt für Alle, auch für Migrantinnen, die sich in Deutschland zu diesem Thema äußern und somit auch für Fadumo Korn.

Wer sich auf der Webseite der TaskForce umschaute, wird die Aufforderung der Präsidentin des IAC, Berhane Ras-Work an die TaskForce finden, in der Terminologie-Frage als Sprachrohr der afrikanischen AktivistInnen des IAC zu agieren.

http://www.taskforcefgm.de/img/Aufruf_IAC.pdf

Wenn Frau Laufer vor diesem Hintergrund Fadumo Korn zum Respekt der fundierten Forderungen des IAC auffordert, wird sie schlichtweg diesem Auftrag gerecht. Diese AfrikanerInnen sehen ihr Engagement von Aussagen, wie Frau Korn sie trifft, behindert. Wie kann es sein, dass man den 100.000den afrikanischen Männern und Frauen, die sehr klar Stellung beziehen, hier kein Gehör schenkt und stattdessen die Bagatellisierungen einer Frau Korn beklatscht?

Äußerungen von Frau Korn wie „Europäer wollen Frauen, die gebrochen sind“ spiegeln einen gewissen Rassismus wider und scheinen bei ihr Programm zu sein. Diese Aussage reiht sich an solche wie: „Ich mische mich ja schließlich auch nicht ein, wenn mein Nachbar sein Kind misshandelt, schließlich ist das deutsche Kultur“ (25.11.07 Veranstaltung im Hamburger Rathaus) oder „Es ist eben sehr schwer eine Afrikanerin zu erklären, sie soll ihr Kind nicht beschneiden, dann tut sie es nicht und dann wird das Kind vom deutschen Nachbarn vergewaltigt“ (Integra-Treffen am 21.01.09) .

Wir EuropäerInnen haben sehr lange und sehr hart dafür gekämpft, dass Frauen nicht mehr unterdrückt werden und systematisch einer legitimierte Gewalt ausgesetzt werden. Deshalb ist es für uns inakzeptabel, dass „sogenannte Traditionen“ wie die Genitalverstümmelung hier immigriert werden, denn unser Grundgesetz verbietet das aus gutem Grund. Um dieses Gut zu schützen, brauchen wir nicht die Erlaubnis von MigrantInnen (ich bin übrigens selber eine!). Denn dieser Logik zufolge dürften wir „sogenannte“ Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen etc. zukünftig nicht mehr kritisieren und potentielle Opfer schützen.

Sanja Stankovic, Kulturwissenschaftlerin, Hamburg